



AARON HUEY

FOTO-TABLEAU: LAKOTA IM PINE-RIDGE-RESERVAT 4/5

Ein junger Lakota bereitet sich auf den Grastanz am Oglala Lakota Nation Powwow (einem mehrtägigen Volksfest der Lakota) vor, das jedes Jahre im Pine-Ridge-Reservat abgehalten wird. Das Reservat im Südwesten des US-Gliedstaates South Dakota ist das ärmste Reservat der USA, Gewalt ist dort an der Tagesordnung. Die Powwows dienen der (Rück-)Besinnung auf die Kultur der Lakota, aber auch der Aufklärung über Gewalt und Alkoholismus.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Blochers Rundumschlag

Der neue Rundumschlag Blochers gegen den Bundesrat (NZZ 13. 2. 10) ist ebenso überheblich wie widerlich. Es geht um die alte Masche der SVP, zwar in der Regierung zu sitzen, aber gleichzeitig radikale Opposition zu markieren. Wenn Blocher mit den Abzockern hart ins Gericht geht, so könnte man ihm, sofern er ehrlich wäre, vorbehaltlos zustimmen. Allerdings, das haben viele andere längst vor ihm getan, und sie haben es zudem glaubwürdig getan. Die NZZ vom 6. 2. 10 hat unter dem Titel «Liaisons dangereuses» exakt dargelegt, wie eng der Milliardär Blocher mit einem der Hauptsünder – der UBS – über Jahre hinweg verhandelt war, einerseits durch Martin Ebner und dessen BZ-Bank, andererseits als Intimus von Marcel Ospel, dessen Türe ihm jederzeit offenstand. In diesem Zusammenhang erinnert die NZZ auch mit Recht daran, dass der prominente Thurgauer SVP-Nationalrat Peter Spuhler, so qualifiziert er als Unternehmer sein mag, genau dann im Verwaltungsrat der UBS sass, als die übelsten Verfehlungen passierten und die happigsten Honorare kassiert wurden. Doch Blocher versuchte einmal mehr, eine unbequeme Vergangenheit zu überspielen.

Brigitte Bosshart, Winterthur

Christoph Blocher erklärt zur Frage des Bankgeheimnisses, dass die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug bestehen bleiben müsse, sonst werde in der Schweiz jeder Steuerzahler kriminalisiert. Er unterstellt damit, dass jeder Steuerpflichtige in der Schweiz ein Steuerhinterzieher ist, dessen Hinterziehung dann zum Betrug würde! Das ist eine ungeheuerliche Unterstellung. Gewiss wird es in der Schweiz einige Steuerhinterzieher geben, die nicht ihr ganzes Vermögen versteuern. Doch gleich Hunderttausende von ehrlichen Bürgern unseres Landes als Steuerhinterzieher zu bezeichnen, ist eine diffamierende Gemeinheit. Da zeigt sich offenbar das wahre Gesicht des SVP-Strategen. Denn was ändert es für den ehrlichen Steuerzahler, wenn die Unterscheidung wegfällt? Er merkt es weder beim Ausfüllen der Steuererklärung noch beim Bezah-

len der Steuerrechnung. Weshalb er dadurch kriminalisiert werden würde, ist nicht ersichtlich. Weshalb wehren sich rechtsbürgerliche Politiker so vehement dagegen, dass in Sachen Steuergerechtigkeit endlich Transparenz geschaffen wird? Wenn sie nichts zu befürchten hätten, könnten sie sich unbedenklich für die Aufhebung der absurden Unterscheidung einsetzen.

Bald jedes Kind weiss heute, dass an dieser Unterscheidung nicht mehr festgehalten werden kann, weil sie niemand versteht. Selbst Blochers SVP-Gefolgsleute bekunden grosse Mühe, den Unterschied erklären zu können. In dieser Frage sind Christoph Blocher und seine SVP einer bedenklichen Rückwärtsstrategie verfallen. Dabei brauchte unser Land eine ehrliche Vorwärtsstrategie, die aufzeigt, wie wir uns im europäischen Umfeld positionieren wollen, um als Finanzplatz bestehen zu können. Ob wohl der Chefstrategie mit seinen überholten Ansichten noch lange tragbar ist?

Erich Hofer, Rothrist

Was muss uns Schweizern in Zeiten der Finanznot willkommener sein! Gemäss alt Bundesrat Blocher macht der jetzige Bundesrat so ziemlich alles falsch. Also sparen wir doch den ganzen Bundesrat weg. Einer für alle genügt. Wie viele Probleme lösen sich da endlich von selbst. Auch für die Medien, die im Alleingang kaum überleben können. Sie werden nicht mehr im dauernden Wettkampf um den einen Interviewpartner verstrickt sein. Ein mediales Sprachrohr für alle wird ausreichen. Wir postulieren einen Bundesrat statt sieben.

Dieter Matti, Latsch ob Bergün

Ist es die «geniale» Propagandamaschine der SVP – oder die Unachtsamkeit der Medien, dass Christoph Blocher immer und immer wieder eine so breite und unkritische Plattform geboten wird? Dass das Schweizer Fernsehen schon lange zum SVP-Kanal geworden ist, ist jedem aufmerksamen Geiste seit längerem klar. Aber warum bis anhin liberale und selbstbewusste Medien immer mehr diesem unheiligen Alles- und Besserwisser auf den Leim kriechen, ist doch mehr als erstaunlich. Es gibt noch einige andere «gute» Schweizer, die etwas zu den wichtigen Themen, die dieses Land beschäfti-

gen, zu sagen haben. Und erst noch mit mehr Verantwortung und weniger Selbstdarstellungstrieb!

Hanspeter Zingg, Ennetbaden

Gefahr aus Iran

Münchner Konferenzen eignen sich offenbar als Bühne für die Naivität der Welt. Schon 1938 zeigten sich Frankreich und England vom Friedenswillen Hitlers beeindruckt. Und der britische Premier Neville Chamberlain proklamierte «Peace in our time». Der Weltkriegsbeginn verzögerte sich nur um elf Monate. Und heute lässt sich die Welt von Herrn Ahmadinejads Beteuerungen, keine Atomwaffen anzustreben, an der Nase herumführen und belässt es bei irgendwelchen Sanktionen und verbalen Unmutsäusserungen. Und treten die USA einmal mit aller Macht gegen eine potenzielle Kriegsgefahr an, dann entpuppt sich alles als grosser Irrtum wie im Irak. Die Uneinigkeit zwischen den USA, Russland und China bezüglich konsequenter Massnahmen gegen Iran verschafft Herrn Ahmadinejad Zeit, sein Land atomar aufzurüsten. Und dann? Dann wollen alle längst gewusst haben, was man hätte tun sollen.

Hanspeter Büchi, Stäfa

«Stuttgart 21» kein Knoten

Zum Artikel über den Ausbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs (NZZ 11. 2. 10) ist ein wichtiger Kritikpunkt zu ergänzen. Die Reduktion von heute 17 auf nur noch 8 Fernbahngleise – jeweils zuzüglich 2 weiterer Gleise für die S-Bahn – reduziert zwar die Kapazität des Bahnhofs nicht. Sie führt aber dazu, dass sich keine Anschlussknoten mit guten Umsteigeverbindungen, wie sie in der Schweiz üblich sind, realisieren lassen. In «Stuttgart 21» werden die Züge jeweils nur kurz halten können, um das Gleis für den nächsten Zug freizugeben.

Karl Brodowsky, Schaffhausen

Sitzplätze statt Tempo

Vorrang beim weiteren Ausbau der Eisenbahn (Bahn 2030) muss angesichts des grossen Verkehrswachstums die attraktive Erreichbarkeit der zentralen Schweizer Wirtschaftszentren haben. Dies stärkt und erhält die Wirtschaftskraft der regionalen Zentren im Metropolitanraum effizienter als die von den ETH-Verkehrsexperten Professor Ulrich Weidmann und Jost Wichser propagierte Beschleunigung der (inter)nationalen Eisenbahnverbindungen durch die Schweiz (NZZ 3. 2. 10).

Das technische Potenzial für weitere Beschleunigungen zwischen den grossen Zentren in der Schweiz ist verhältnismässig klein, die dadurch erzielbare Attraktivitätssteigerung zum erwünschten Umstieg von der Strasse auf die Schiene begrenzt. Es ist zu beachten, dass für die schweizerischen Metropolitanräume Zürich, Basel und Genf nicht nur die Strecken zwischen, sondern auch innerhalb dieser Grossregionen von entscheidender Bedeutung sind. Besondere Bedeutung kommt dem Metropolitanraum Zürich zu, in dem mehr als ein Drittel der nationalen Wertschöpfung generiert wird. Gerade die Achsen Luzern–Zug–Zürich und St. Gallen–Winterthur–Zürich gehören zu den am meisten mit Personenverkehr belasteten, teilweise immer noch einspurigen Abschnitten im schweizerischen Eisenbahnnetz. Der Beseitigung der Engpässe auf diesen Achsen durch Brüttener und Zimmerberg-Basistunnel II ist bei der Vergabe der Bundesmittel für Bahn 2030 deshalb höchste Dringlichkeit beizumessen.

Konrad Graber, Kriens
CVP-Ständerat, Co-Präsident Städte-Allianz öffentlicher Verkehr Ost- und Zentralschweiz

«Kleiner Unterschied mit grossen Folgen»

Dass sich eine Milizarmee allein mit Freiwilligen nicht aufrechterhalten liesse, damit haben die Richter in Lausanne wohl recht (NZZ 11. 2. 10). Die weitere Urteilsbegründung zeigt aber verkrustete Denkstrukturen, wie sie in der Frage des Stimmrechts für Mann und Frau vor etwa hundert Jahren vorherrschend gewesen sein mögen. Die «gewichtigen» Gründe für eine Beschränkung der Wehrpflicht alleine auf die Männer, die das Gericht anführt, sind bei genauerer Betrachtung höchst abenteuerlich. Einerseits werden historische Gründe angeführt. Diese taugen wohl zur Erklärung, warum heute ein offensichtlicher Widerspruch zwischen Verfassungsartikel A (Gleichstellung von Mann und Frau) und Artikel B (Wehrpflicht nur für Männer, gekoppelt an die Milizarmee) besteht. Die Historie kann aber nie Begründung sein, warum dies auch weiterhin so sein soll.

Als Zweites werden natürliche Gründe angeführt. Interessant: die alte Leier vom starken und vom schwachen (minderwertigen) Geschlecht. Es gibt also biologische Gründe für eine Ungleichbehandlung – diese Argumentation stammt wohl aus dem letzten oder vorletzten Jahrhundert. Die «Gleichstellungs»-Büros müssten aufschreien. Ich tue es auch. Denn man sehe sich nur die Beispiele an, wo Frauen ihren Beitrag zur Wehrhaftigkeit eines Landes leisten: in Israel und den USA, um nur die zwei prominentesten zu nennen. Sie tun dies auch in den Cockpits von Kampffjets, wo sie die anforderungsreichsten Jobs in der Armee erledigen.

Oder man überlege sich, ob eine Dienstpflicht nicht auch andere Tätigkeiten umfassen kann als schiessen, robben und marschieren. Die Zivildienst leistenden Männer sind das beste Beispiel, dass es geht. Eine allgemeine Dienstpflicht ohne Bevorteilung (oder Benachteiligung, je nach Sichtweise) eines Geschlechts wäre also durchaus machbar und könnte sogar sinnvolle Dienste an der Gesellschaft umfassen.

Wer aber nicht gewillt ist, die Scheuklappen der Historie abzulegen, und «natürliche» Unterschiede sieht, wo keine sind, der argumentiert derart beschränkt wie das Bundesgericht. Oder

man kommt zur Einsicht, dass die Milizarmee nicht mehr ohne Wenn und Aber über allem anderen steht, sondern im Zuge der Verwirklichung der Gleichberechtigung für Frau und Mann längerfristig ein Auslaufmodell ist. Bis dahin liegt noch ein langer Weg vor uns.

Rolf Steinegger, Winterthur

Lesen im Kaffeesatz

Prof. em. Atteslanders Gedanken betreffend Demoskopie (NZZ 9. 2. 10) mögen weitgehend zutreffend sein. In einem Punkt kann ich ihm nicht zustimmen: Er fordert, die Umfragen hätten durch Begleit- und Vorstudien ergänzt zu werden, um professioneller zu sein. Er konstatiert, dass die fehlgeschlagene Umfrage zur Minarettverbots-Initiative des Forschungsinstitutes GfS Bern im Auftrag der SRG «ein mehr oder weniger präzises Meinungsbild gut zwei Wochen vor der Abstimmung war». Trotzdem lag das Umfrageergebnis eklatant daneben. Wenn die Befragten sich ihre Meinung zur Abstimmungsthematik noch nicht gebildet haben oder sie einfach nicht mitteilen wollen, so helfen auch alle Begleit- oder Vorstudien wenig. Das Kaffeesatzlesen wird nur noch komplexer und unberechenbarer.

Es muss einfach akzeptiert werden, dass Umfrageergebnisse immer mit Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet sind. Deshalb werden zum Glück trotz vorliegenden Umfrageergebnissen immer noch Abstimmungen durchgeführt. Umfrageergebnisse können auch nicht Gegenstand einer seriösen Berichterstattung sein. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn private Unternehmen oder Verbände Umfragen durchführen. Aber die SRG als öffentlich-rechtliche Unternehmung hat darauf zu verzichten.

Richard Hürlimann, Schwyz

Massnahmen gegen Deutschland ergreifen

Zum Repertoire Deutschlands im Kampf gegen unser Land gehören nicht nur Geschäfte mit Kriminellen wie der Kauf gestohlener Daten. Die von unserem nördlichen Nachbarn verfügte Einschränkung der Anflüge auf den Flughafen Zürich verletzt die von Deutschland ratifizierten Luftfahrtabkommen von Chicago und dasjenige der Schweiz mit der EU. Es drängen sich beispielsweise folgende Massnahmen auf:

Bundesrat Merz wird die Befugnis entzogen, mit dem Ausland zu verhandeln, zu oft hat er sich und unser Land der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Anzahl deutscher Lkw, die unser Land durchqueren, ist proportional zu den von Deutschland verfügten Einschränkungen (Südanflüge) zu senken. Der geplante Besuch des deutschen Bundespräsidenten ist wegen «politischer Verstimmung» abzusagen. Die neuen Kampffjets sowie später die Hochgeschwindigkeitszüge werden nicht in Deutschland beschafft. Verhandlungen über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen werden sistiert, denn Verhandlungen mit einem mehrmals vertragsbrüchig gewordenen Partner sind nicht sinnvoll. Bestimmt würden diese Massnahmen nicht nur die deutsche Regierung zum Nachdenken zwingen.

Otto Weiersmüller, Uetikon

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch